

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	11
1. Die Bilanz	
Die Bilanz der Europäischen Integration 2015	15
<i>Werner Weidenfeld</i>	
Die Europapolitik in der wissenschaftlichen Debatte	29
<i>Cyril Gläser / Wolfgang Wessels</i>	
Die Entwicklung der Rechtspolitik und Rechtskultur unter besonderer Berücksichtigung der Urteile des Gerichtshofs der Europäischen Union und des Bundesverfassungsgerichts	43
<i>Christian Tomuschat</i>	
2. Die Institutionen in der Europäischen Union	
Die institutionelle Architektur der Europäischen Union	57
<i>Wulf Reiners / Wolfgang Wessels</i>	
Europäisches Parlament	67
<i>Andreas Maurer</i>	
Europäischer Rat	75
<i>David Schäfer / Wolfgang Wessels</i>	
Rat der Europäischen Union	85
<i>Nicolai von Ondarza</i>	
Europäische Kommission	95
<i>Andreas Hofmann</i>	
Gerichtshof	103
<i>Siegfried Magiera / Matthias Niedobitek</i>	
Europäische Zentralbank	113
<i>Martin Selmayr</i>	
Rechnungshof	127
<i>Siegfried Magiera / Matthias Niedobitek</i>	
Ausschuss der Regionen	131
<i>Otto Schmuck</i>	
Wirtschafts- und Sozialausschuss	135
<i>Doris Dialer</i>	
3. Die Innenpolitik der Europäischen Union	
Agrar- und Fischereipolitik	141
<i>Christian Lippert</i>	
Asyl-, Einwanderungs- und Visapolitik	147
<i>Peter-Christian Müller-Graff / René Repasi</i>	

Beschäftigungs- und Sozialpolitik	159
<i>Peter Becker</i>	
Bildungspolitik	165
<i>Knut Diekmann</i>	
Binnenmarktpolitik	171
<i>Florian Baumann / Sebastian Schäffer</i>	
Digitale Agenda und Cybersicherheit	175
<i>Annegret Bendiek</i>	
Energiepolitik	181
<i>Severin Fischer</i>	
Forschungs-, Technologie- und Telekommunikationspolitik	187
<i>Jürgen Turek</i>	
Gesundheits- und Verbraucherpolitik	191
<i>Frank Schulz-Nieswandt / Remi Maier-Rigaud</i>	
Haushaltspolitik	195
<i>Peter Becker</i>	
Industriepolitik	199
<i>Jürgen Turek</i>	
Kulturpolitik	203
<i>Otto W. Singer</i>	
Meerespolitik	207
<i>Gaby Umbach</i>	
Menschenrechtspolitik	209
<i>Gabriel N. Toggenburg</i>	
Polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit	215
<i>Christoph Gusy / Laura Schulte</i>	
Regionalpolitik	221
<i>Konrad Lammers</i>	
Sportpolitik	229
<i>Jürgen Mittag</i>	
Tourismuspolitik	231
<i>Anna-Lena Kirch</i>	
Umwelt- und Klimapolitik	233
<i>Gaby Umbach</i>	
Verkehrspolitik	239
<i>Sebastian Schäffer</i>	
Währungspolitik	243
<i>Werner Becker / Barbara Böttcher</i>	
Weltraumpolitik	249
<i>Jürgen Turek</i>	
Wettbewerbspolitik	251
<i>Henning Klodt</i>	

Wirtschaftspolitik	255
<i>Roland Döhrn / Wim Kösters</i>	
4. Die Außenpolitik der Europäischen Union	
Außenwirtschaftsbeziehungen	263
<i>Wolfgang Weiß</i>	
Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe	269
<i>Isabelle Tannous</i>	
Europäische Nachbarschaftspolitik	277
<i>Barbara Lippert</i>	
Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik	287
<i>Niklas Helwig / Isabelle Tannous</i>	
Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik	295
<i>Daniel Göler / Lukas Zech</i>	
Afrikapolitik	301
<i>Siegmar Schmidt</i>	
Asienpolitik	305
<i>Franco Algieri</i>	
Die Europäische Union und China	309
<i>Franco Algieri</i>	
Die EFTA-Staaten, der EWR, Island und die Schweiz	315
<i>Burkard Steppacher</i>	
Lateinamerikapolitik	321
<i>Birte Windheuser</i>	
Mittelmeerpolitik	325
<i>Tobias Schumacher</i>	
Nahostpolitik	329
<i>Muriel Asseburg</i>	
Die Europäische Union und die Länder der Östlichen Partnerschaft	333
<i>Katrin Böttger</i>	
Die Europäische Union und Russland	339
<i>Katrin Böttger</i>	
Südosteuropapolitik	343
<i>Franz-Lothar Altmann</i>	
Die Europäische Union und die USA	347
<i>Gerlinde Groitl</i>	
Die Europäische Union und Zentralasien	353
<i>Katrin Böttger</i>	

5. Die politische Infrastruktur

Europäische Parteien	359
<i>Michael Weigl</i>	
Kirchen und Religionsgemeinschaften	365
<i>Matthias Belaßi</i>	
Lobbying und Interessenvertretung	369
<i>Bernd Hüttemann</i>	
Nationale Parlamente	373
<i>Alexander Hoppe</i>	
Öffentliche Meinung	377
<i>Thomas Petersen</i>	

6. Die Europapolitik in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union

Belgien	391
<i>Wichard Woyke</i>	
Bulgarien	395
<i>Johanna Deimel</i>	
Bundesrepublik Deutschland	399
<i>Martin Große Hüttmann</i>	
Dänemark	409
<i>Tobias Etzold / Christian Opitz</i>	
Estland	413
<i>Andres Kasekamp</i>	
Finnland	415
<i>Tuomas Iso-Markku</i>	
Frankreich	419
<i>Joachim Schild</i>	
Griechenland	427
<i>Heinz-Jürgen Axt</i>	
Irland	435
<i>Mary C. Murphy</i>	
Italien	439
<i>Alexander Grasse</i>	
Kroatien	449
<i>Sinisa Kusic</i>	
Lettland	451
<i>Detlef Henning</i>	
Litauen	453
<i>Tobias Etzold</i>	
Luxemburg	455
<i>Wichard Woyke</i>	
Malta	457
<i>Heinz-Jürgen Axt</i>	

Die Niederlande	459
<i>Mirte van den Berge</i>	
Österreich	463
<i>Florian Trauner</i>	
Polen	467
<i>Agnieszka Łada</i>	
Portugal	473
<i>Bruno Oliveira Martins</i>	
Rumänien	477
<i>Cristian Ghinea</i>	
Schweden	481
<i>Tobias Etzold / Christian Opitz</i>	
Slowakei	485
<i>Marta Kralikova</i>	
Slowenien	489
<i>Zlatko Sabic</i>	
Spanien	491
<i>Esther Barbé / Laia Mestres</i>	
Tschechische Republik	499
<i>Volker Weichsel</i>	
Ungarn	503
<i>Heiko Fürst</i>	
Vereinigtes Königreich	507
<i>Birgit Bujard</i>	
Zypern	517
<i>Heinz-Jürgen Axt</i>	

7. Die Erweiterung der Europäischen Union

Die Erweiterungspolitik der Europäischen Union	521
<i>Barbara Lippert</i>	
Albanien	529
<i>Tobias Flessenkemper</i>	
Bosnien und Herzegowina	531
<i>Tobias Flessenkemper</i>	
Mazedonien	533
<i>Oliver Schwarz</i>	
Montenegro	535
<i>Sebastian Schäffer</i>	
Serbien	537
<i>Sabine Willenberg</i>	
Türkei	539
<i>Funda Tekin</i>	

8. Die Europäische Union und andere Organisationen

Die Europäische Union und der Europarat	545
<i>Klaus Brummer</i>	
Die Europäische Union und die NATO	551
<i>Hans-Georg Ehrhart</i>	
Die Europäische Union und die OSZE	557
<i>Wolfgang Zellner</i>	
Die Europäische Union und die Vereinten Nationen	563
<i>Günther Unser</i>	

9. Anhang

Abkürzungen	573
Die Autoren	574

Vorwort

Verschuldungskrise, Ukrainekrise, nun auch die Flüchtlingskrise – Europa scheint von einer Krise in die nächste zu driften. Eine unaufhörliche Flut „krisenbehafteter“ Ereignisse und Nachrichten prägen weiterhin den europäischen Alltag: Es war von einem überwältigenden Zustrom von Flüchtlingen in die Europäische Union, unzähligen Toten im Mittelmeer und überfüllten Auffanglager an den EU-Außengrenzen die Rede. Aber auch Meldungen über zunehmende Sicherheitsbedrohungen wie durch den Islamischen Staat (IS) und der Ukarinekonflikt ließen Europa nicht zur Ruhe kommen. Innerhalb ihrer Grenzen wurde die Europäische Union mit Herausforderungen konfrontiert, die an ihren Fundamenten rüttelten: Die Griechenlandfrage stellte die Eurozone abermals vor eine harte Bewährungsprobe sowie nicht zuletzt deren Bestand infrage. Der drohende Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union ist eng an elementaren Prinzipien der europäischen Integration wie der Freizügigkeit geknüpft. Die Begriffe „Grexit“ oder „Brexit“ standen immer wieder hoch auf der Tagesordnung der Medien wie zuvor der des „Europaskeptizismus“. Erfolge des Krisenmanagements auf EU-Ebene und die Notwendigkeit europäischer Lösungen angesichts dieser gemeinsamen Konfliktherde wurden von den lauter werdenden Rufen nach einer Re-Nationalisierung politischer Entscheidungen in den Mitgliedstaaten übertönt. Dennoch weisen die rund 100 Beiträge dieses Jahrbuchs darauf hin, dass dem Mehr an Herausforderungen für und Erwartungen an die Europäischen Union regulatorische Zugzwänge folgten: Die Union wurde trotz der steigenden Skepsis ihr gegenüber weiter ausgebaut und verstärkt – so etwa infolge der Eurokrise durch die Bankenunion. Das Jahrbuch sucht dieses Paradox von gravierenden Entscheidungen trotz des Rückgangs an Zustimmung näher zu beleuchten.

In diesem Sinne regte die erstmalige Vorlage des OMT-Falles durch das Bundesverfassungsgericht beim Gerichtshof der Europäischen Union zu kontroverser Diskussion an. Dem wachsenden Einfluss europäischer Gerichtsbarkeit auf die nationale Ebene geht der diesjährige Gastbeitrag zur *Entwicklung der Rechtspolitik und Rechtskultur unter besonderer Berücksichtigung der Urteile der europäischen Gerichte und des Bundesverfassungsgerichts* nach. Auch der Bedeutungs- und Machtzuwachs der anderen *Institutionen der Europäischen Union* wird im entsprechenden Kapitel näher beleuchtet. In diesem Jahr liegt ein besonderer Fokus auf der Europäischen Kommission und ihrer stärker auf Jean-Claude Juncker und seine Vizepräsidenten ausgerichteten Arbeitsstruktur. Zentral stellt sich die Frage, ob sich die Kommission hin zu einer politischeren Institution im Sinne einer „europäischen Regierung“ entwickelt.

Auch die *Innenpolitiken der Europäischen Union* standen im Zeichen der Neubesetzung und Umstrukturierung der Europäischen Kommission. Junckers zehn Prioritäten für 2014 bis 2019 lenkten die Aufmerksamkeit in den Beiträgen stärker hin zu Themen wie unter anderem digitaler Binnenmarkt, Energieunion, Migration oder dem Transatlantischen Freihandelsabkommen mit den USA (TTIP). Die Detailanalysen der Entwicklungen in einzelnen EU-Politikbereichen lassen erkennen, dass sich der Trend hin zu einer Zunahme der Regulierungsdichte auf EU-Ebene sukzessive fortgesetzt hat.

Im Kapitel zur *Außenpolitik der Europäischen Union* stellt die Flüchtlingskrise den europäischen Zusammenhalt zunehmend infrage. Mehr Solidarität der europäischen Partner und eine gerechtere gemeinschaftliche Verteilung der Flüchtlinge wurden im letzten Jahr wiederholt von den überforderten Ländern an den südlichen EU-Außengrenzen gefordert. Doch stießen diese auf Vorbehalte einiger Mitgliedstaaten gegenüber einer vertieften Zusammenarbeit nicht allein in der Flüchtlingspolitik, sondern vor allem in der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Doch die Europäische Union steht aufgrund der vielen gemeinsamen außenpolitischen Brennpunkten und deren Rückkopplung auf interne Herausforderungen wie im Falle Griechenlands unter Handlungsdruck; eine langfristig ausgelegte Sicherheitsstrategie sollte nicht zuletzt auch angesichts der vorrückenden Terrormiliz IS das reaktive EU-Krisenmanagement ablösen. Ob die Neubesetzung des Postens der Hohen Vertreterin mit Federica Mogherini für einen Kurswechsel sorgen kann, muss sich noch zeigen. Weiterhin wird sich um ein gemeinsames europäisches Auftreten gegenüber Weltregionen wie Afrika, Asien, Lateinamerika, dem Nahen Osten sowie den USA und angesichts des Ukraine Konflikts insbesondere gegenüber Russland bemüht.

Entlang dieser europäischen Themen spalten sich Gesellschaft und Politik, was insbesondere in den Kapiteln zur *politischen Infrastruktur* sowie zur *Europapolitik der Mitgliedstaaten* deutlich wird. Europaskeptische und populistische Stimmen in den nationalen Parlamenten, Parteien und Bevölkerungen fanden im letzten Jahr größere und öffentlichkeitswirksamere Bühnen. Die Politisierung europäischer Themen ging einher mit einer zunehmenden Protestkultur. Besonders die Referenden zweier Mitgliedstaaten lösten großen Aufruhr in Europa aus: das infolge der britischen Unterhauswahlen im Mai 2015 bis Ende 2017 angesetzte Referendum über den EU-Verbleib Großbritanniens und das Nein-Votum der griechischen Bevölkerung gegen die Sparvorgaben der internationalen Gläubiger, das zu einem neuerlichen Showdown in der Griechenland-Frage führte.

Zu Bosnien und Herzegowina erscheint erstmals ein eigener Länderbeitrag im Kapitel zur *Erweiterung der Europäischen Union*, der dessen „unvermeidlichen Beziehung“ zur Europäischen Union beschreibt. An der sogenannten „Erweiterungsmüdigkeit“ der Europäischen Union hat sich jedoch auch unter der neuen Kommission nichts geändert.

Das Kapitel zur *Europäischen Union und anderen internationalen Organisationen* informiert über das koordinierte Vorgehen der EU-Mitgliedstaaten in den Vereinten Nationen, die Entwicklungen der OSZE und den Stand der Beziehungen zur NATO.

In diesem Jahr erscheint das Jahrbuch der Europäischen Integration zum 35. Mal. Es ist uns daher eine besondere Freude, auf die digitale Aufbereitung der Jahrbücher seit ihrem ersten Erscheinen 1980 unter www.Wissen-Europa.de hinzuweisen, wo einem breiten Publikum über drei Jahrzehnte europäischer Zeitgeschichte online zur Verfügung stehen. Mit dieser Ausgabe wird der Bestand um den Zeitraum von Juni 2014 bis einschließlich Mai 2015 erweitert. Das Jahrbuch der Europäischen Integration ist ein Projekt des Instituts für Europäische Politik, das in Kooperation mit dem Centrum für angewandte Politikforschung der Universität München und dem Jean Monnet Lehrstuhl für Politische Wissenschaft an der Universität zu Köln verwirklicht wird. Ohne die großzügige Förderung durch das Auswärtige Amt war und ist das Jahrbuch nicht realisierbar. Unser besonderer Dank gilt auch den Autorinnen und Autoren, deren großes Expertenwissen die solide Grundlage und das unverkennbare Profil des Jahrbuchs bildet. Julia Klein danken wir für ihre großartige Redaktion, ohne die die Realisierung dieses Projekts nicht möglich wäre.

Werner Weidenfeld

Wolfgang Wessels